

Dauerstreit um Schulsozialarbeit in Dortmund. Fraktion ermuntert Stadt zu juristischer Klärung

Pressemitteilung der Fraktionsgemeinschaft FDP/Bürgerliste vom 15.01.2014

Als unerträglich bezeichnet FDP/Bürgerliste den sich auf Bundes- und Landesebene immer konkreter abzeichnenden Umgang mit der Schulsozialarbeit, an dessen Ende Schüler, Eltern und Lehrer als die großen Verlierer stehen werden. Anlass zu dieser Befürchtung bieten aus Sicht der Fraktion sowohl die jüngste Mitteilung des Generalsekretärs der Bundes-CDU sowie die Äußerungen des Landtagsabgeordneten der Grünen und früheren Dortmunder Ratsmitgliedes Mario Krüger, wonach sich weder Bund, noch Land finanziell zuständig fühlen. Sein Vorwurf an die Stadt, Bundesmittel zur Schulsozialarbeit zweckentfremdet zu haben, solle nur von der eigenen Verantwortung ablenken.

„Den Betroffenen wird es am Ende gleichgültig sein, wer sie im Stich gelassen hat, wenn Eltern und Lehrer mit ihren Sorgen und Nöten allein dastehen und problembelasteten Schülern kein Ansprechpartner mehr in den Schulen zur Seite steht. Dann dürfen sich SPD, CDU und Grüne in Berlin, Düsseldorf und Dortmund gerne gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben, wenn es darum geht zu erklären, dass immer die anderen schuld sind“, beschreibt der schulpolitische Sprecher **Heinz Dingerdissen** (FDP) die Situation. „Da ist es zwar nachvollziehbar, wenn OB Sierau (SPD) mit drei Millionen Euro und einer einjährigen Verlängerung der kommunal finanzierten Schulsozialarbeit bis 2015 das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen will; jedoch entlässt dies Bund und Land immer weiter aus ihrer Pflicht und überfordert die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt“, fordert Dingerdissen drastischere Maßnahmen und hält auch den Klageweg für möglich. „Es wird Zeit, Land und Bund nicht nur durch fruchtlose Petitionen des Rates in die Pflicht zu nehmen sondern auf die Einhaltung finanzieller Pflichten zu drängen. Dann kann mit juristischen Mitteln auch geklärt werden, ob Bundesfinanzierungen an anderer Stelle bei der Schulsozialarbeit überhaupt gegengerechnet werden können.“

Auf die im November letzten Jahres vom Rat beschlossene Petition zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit teilte der Generalsekretär der CDU Deutschlands nunmehr mit, dass nach Auslaufen der bis 2013 befristeten Anschubfinanzierung nunmehr das Land verfassungsrechtlich zuständig sei. Darüber hinaus würden die Kommunen durch Bundesmittel im Finanzierungsbereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie im Rahmen der Neuregelung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen soweit entlastet, dass finanzielle Spielräume zur kommunalen Finanzierung nicht nur dieser Aufgabe eröffnet würden. Für die Grünen in NRW sieht Krüger hingegen eine auf Gerichtsurteil basierende Langzeitverpflichtung des Bundes, die das Land wiederum aus seiner Pflicht befreit und wirft der Stadt vor, Bildungs- und Teilhabegelder nicht wie vorgesehen für Schulsozialarbeit verwendet zu haben.

„Sollte das zutreffend sein, müsste die Stadt dies selbstverständlich schleunigst korrigieren. Aber wir unterhalten uns nicht nur über ein paar Million Euro für dieses und nächstes Jahr, sondern über eine langfristige und verlässliche finanzielle Absicherung der Schulsozialarbeit in Dortmund, die über lange Sicht ein Vielfaches kosten wird und von der Herr Krüger offenbar gerne ablenken möchte“, resümiert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Dr. Thomas Reinbold** (Bürgerliste). „Anstatt sich mit juristischen Interpretationen, verfassungsrechtlichen Überlegungen und bedenklichen Zuständigkeitsfragen zu beschäftigen, wäre Herr Krüger gut beraten, sich mit der Dramatik der bildungspolitischen Situation vor Ort auseinanderzusetzen und konstruktive Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die dem Schulstandort Dortmund, den Schulsozialarbeitern, Schülern, Eltern und Lehrern und nicht nur dem desaströsen Landesetat weiter helfen“, fordert Reinbold.